**Vorprüfung
der Umweltverträglichkeit
(Antragsteller: Gemeinde Hagen a.T.W.)**

Bei folgendem Bauvorhaben wurde im Rahmen eines Planverzichtes (§ 38 Niedersächsisches Straßengesetz i.V.m. § 1 Abs. 1 Niedersächsisches Verwaltungsverfahrensgesetz sowie §§ 72 ff. Verwaltungsverfahrensgesetz) die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 2 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG) in der aktuellen Fassung geprüft:

Aktenzeichen: FD9.1-542-1011-G22.01
Antragsteller: Gemeinde Hagen a.T.W.
Baugrundstück: Gemeinde Hagen a.T.W.
Gemarkung Mentrup
zwischen Amtsweg und Forstweg
Abschnitt 15 von Station 2,848 bis Station 3,170

Neubau eines Pilgerweges zwischen dem Amtsweg und dem Forstweg von Abschnitt 15, Station 2,848 bis Station 3,170 in der Gemeinde Hagen a.T.W.

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich:

Durch das Vorhaben sind negative Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Fläche zu erwarten, da eine Flächenversiegelung stattfindet. Es kommt zu einer dauerhaften, vollständigen Versiegelung von 930 m². Es handelt sich hierbei jedoch um bereits stark anthropogen beeinträchtigten Raum entlang der bestehenden Landesstraße, sodass das Schutzgut Fläche nicht erheblich negativ beeinträchtigt wird.

Negative Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt sind möglich. Insbesondere umfasst dies eine potenzielle Minderung der ökologischen und funktionalen Eigenschaften des Gehölzstreifens sowie mögliche Beeinträchtigungen avifaunistischer Arten, die die Gehölzstrukturen des Heckenstreifens als Habitat nutzen. Es ist erforderlich, etwa 20 % eines ohnehin von geringer Ausdehnung geprägten Heckenstreifens zu entfernen. Darüber hinaus ist die potenzielle habitatbezogene Nutzung dieses Heckenstreifens aufgrund der kürzlich durchgeführten Pflegemaßnahme (auf den Stock setzen) als unerheblich einzustufen. Somit liegt keine erhebliche nachteilige Umweltauswirkung vor.

Auf das Schutzgut Boden sind ebenfalls negative Auswirkungen möglich. Durch das Vorhaben werden baubedingt 870 m² und anlagenbedingt 1070 m² Fläche in Anspruch genommen. Es entsteht eine dauerhafte Neuversiegelung in Höhe von 930 m². Bei dauerhafter Neuversiegelung werden Bodenfunktionen vollständig und nachhaltig zerstört, somit liegt eine negative Auswirkung auf das Schutzgut Boden vor. Bei temporärer Inanspruchnahme werden Bodenfunktionen ebenfalls temporär negativ beeinträchtigt. Eine Neuversiegelung in Höhe von 930 m² ist jedoch als nicht erheblich zu werten. Der Gesetzgeber ermöglicht gem. BBodSchV erst ab einer Eingriffsgröße von 3.000 m² die Forderung weitgehender Bodenschutzvorkehrungen wie bspw. einem Bodenschutzkonzept oder einer bodenkundlichen Baubegleitung. Dies verdeutlicht, dass bei kleinräumigeren Eingriffen entsprechende verbindliche Vorkehrungen nicht verhältnismäßig sind und deutet somit darauf hin, dass entsprechende Auswirkungen auf das Schutzgut Boden nicht erheblich sind. Zudem handelt es sich bei dem betroffenen Boden um keinen besonders schutzwürdigen Boden, welche zudem durch die Nähe zur Straße ohnehin stark anthropogen überprägt ist. Ein grenzüberschreitender Charakter ist ebenfalls nicht erkennbar. Zur Vermeidung unnötiger zusätzlicher negativer Beeinträchtigung bspw. in Folge einer Bodenschadverdichtung bei temporären Eingriffen werden geeignete Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen aufgeführt (Begrenzung des Arbeitsstreifens auf ein Mindestmaß, Trennung von Ober- und Unterboden, Einhaltung der Vorgaben nach DIN 19639, DIN 18915). Somit liegt keine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzguts Boden vor.

Das Vorhaben kann negative Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser haben, insbesondere die Grundwasserneubildungsrate kann durch die Versiegelung beeinträchtigt werden. Aufgrund der geringen Neuversiegelung ist dies jedoch unerheblich. Außerdem kann es zu einem baubedingten Eintrag von Schadstoffen in das Grundwasser kommen, dies wird jedoch

durch geeignete Maßnahmen vermieden. Eine Verrohrung stellt einen potentiell negativen Eingriff in ein Gewässer dar, da sie eine Überführung vom offenen in einen geschlossenen Querschnitt mit sich bringt und somit unter anderem die Anbindung an das Grundwasser mindert, hydraulisch stärker begrenzt ist und eine Durchgängigkeit (ökologisch/morphologisch) zumindest stellenweise einschränken könnte. Eine Verrohrung eines offenen Gewässerprofils hat potentiell Auswirkungen auf das Fließverhalten / Hydraulik und die Gewässerökologie. Ersteres wird durch die Wahl eines ausreichend dimensionierten Kreisprofils ausgeglichen und Überstau oder Erosion vorgebeugt. Darüber hinaus befindet sich der Grabenabschnitt unmittelbar an einer starkfrequentierten Landesstrasse und weist keine ökologisch oder gewässerphysiologisch wertvollen Eigenschaften auf (Wiederbesiedlungspotential, Strukturvielfalt, Strömungsdiversität etc.). Es geht im vorliegenden Fall um ein ableitendes „Gerinne“ nahe der bebauten Ortslage. Bei der zu verrohenden Gewässerstrecke handelt es sich um ein Trapez-Regelprofil gradlinigen Verlaufes, welches ausschließlich Entwässerungsfunktion besitzt und durch die funktionale Lage an der Landesstrasse bereits weitgehend entwertet ist. Negative Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser sind nicht zu erwarten.

Weiterhin kann das Schutzgut Landschaft betroffen sein. Im Bereich des Vorhabens wird das Landschaftsbild maßgeblich durch die L 96 dominiert. Baubedingt kann es durch den Einsatz von Baufahrzeugen, die Errichtung von Zäunen, Lagerflächen oder sonstige bauliche Einrichtungen zu einer vorübergehenden Beeinträchtigung des Landschaftsbildes kommen. Langfristig wird sich der Geh- und Radweg jedoch harmonisch in das bestehende Landschaftsbild einfügen. Die Verbesserung der Anbindung für den Fuß- und Radverkehr dürfte sich tendenziell positiv auf das Landschaftserleben sowie den Erholungswert auswirken.

Im Einwirkungsbereich befindet sich das Landschaftsschutzgebiet OS 00049 „Teutoburger Wald“. Aufgrund der oben genannten Ausführungen sind keine negativen Auswirkungen auf das Schutzgut zu erwarten. Weitere besonders geschützte Gebiete oder Objekte sind nicht betroffen, weil am Standort nicht vorhanden bzw. zu weit entfernt sind.

Es sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen denkbar.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Osnabrück, den 05.05.2025

Landkreis Osnabrück
Fachdienst Straßen
Die Landrätin
i. A. Uçkan